

Reaktion auf das Papier „Kritische Analyse statt Schönfärberei und Wunschdenken Für ein klares sozialistisches Profil der sächsischen LINKEN“

Liebe Genoss_innen,

es ist bekanntermaßen kein Geheimnis, dass es in unserer Partei (wie übrigens auch in allen anderen Parteien) zwei Möglichkeiten der Auswertung von Wahlen gibt. Die erste Möglichkeit ist eine ergebnisoffene Debatte und Analyse. Zweite Möglichkeit ist eine instrumentelle Auswertung. Bei einer solchen steht kein realer Erkenntnisgewinn im Vordergrund, sondern die Wahlauswertung ist dann die Fortsetzung der klassischen parteiinternen Politik mit anderen Mitteln. Man nimmt sich vom Ergebnis und von der Strategie das, was gerade passt, um damit zu belegen, was man seit anno-dazumal schon immer gewusst hat. Kann man alles machen, aber hilfreich ist das aus meiner Sicht nicht.

Aber wenn beschriebenes Papier in der Welt ist, sollte man es ja auch lesen und darauf reagieren. Das mache ich hiermit. Ich möchte vorausschicken, dass ich den Unterzeichner_innen nicht auf den Schlips treten will, wenn ich dem Papier falsche Tatsachenbehauptungen vorwerfe. Mit diesem Vorwurf müssen sich vor allem die originären Verfasser_innen auseinandersetzen. Bei den Unterzeichner_innen gehe ich davon aus, dass diese besten Wissens und Gewissens davon ausgegangen sind, dass die Tatsachenbehauptungen im Papier wahr sind (ausgenommen sind hier freilich die Unterzeichner_innen, welche es wegen ihrer Funktion in der Partei selbst besser wissen).

Eine Frage, die sich mir persönlich beim Lesen des Textes übrigens auch stellt, ist die, wie die Verfasser_innen auf die ungleich größeren Einbußen bei der Landtagswahl 2009 reagiert haben, ob auch damals offene Briefe „in großer Sorge“ wegen einer „tiefen inneren Krise“ der Partei verfasst worden sind – und wenn nicht, warum eigentlich nicht? Auf die Antwort wäre ich gespannt.

Wohlfühlsätze ohne konkrete Handlungsoption

Zunächst möchte ich feststellen, dass das Papier viele Forderungen, Sätzen und Phrasen enthält, die das Parteiherz meistens höher schlagen lassen. Sätze die daher auch auf keinem Marktplatzauftritt und bei keinem Parteitag fehlen dürfen. Ein „klares sozialistisches Profil“, „Glaubwürdigkeit als linke Partei“, „Antikriegspartei“, „Partei der sozialen Gerechtigkeit“, „an der Seite der abhängig Beschäftigten, der Prekarisierten“, „Politik zu Gunsten der Interessen der Lohnabhängigen“, „Ringeln um soziale Gerechtigkeit“, „klare linken Profilierung“, „die Interessen der Lohnabhängigen, der Mehrheit der Bevölkerung“, „gegen jegliche Rüstungsexporte und den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland“ und „starke Stimme für den Frieden“ und so weiter und so fort. Alles richtig, alles schön, alles hundertmal gehört aber leider weder konkret noch substantiell für eine Wahlauswertung. Wohlfühl- und Selbstvergewisserungssätze eben.

Auf alle Sachen im Papier kann man daher nicht wirklich eingehen, weil viele keine konkreten Handlungsoptionen vorschlagen. Manches klingt außerdem so schön, dass an diesen Stellen überhaupt kein Dissens entsteht und folglich auch schwer darüber diskutiert werden kann.

„Der Landesvorstand hat beschlossen“ - Nö, hat er nicht

Im Papier klingt es, als hätte der Landesvorstand beschlossen, dass er („wir“) mit dem Ergebnis zufrieden sei. Das ist nicht der Fall, der Vorstand hat lediglich beschlossen, eine vorgelegte Wahlauswertung „zur Kenntnis“ zu nehmen und hat sich nicht den Text derselben zu eigen gemacht. Das könnten zumindest die zwei erstunterzeichnenden Landesvorstandsmitglieder auch wissen. Auch an weiterer Stelle ist erneut von einem „Beschluss des Landesvorstands“ die Rede („Im Beschluss des Landesvorstandes wird angemerkt, dass „die Oppositionsparteien den Lagerwahlkampf scheuen, wie der Teufel das Weihwasser.“), der jedoch schlichtweg nicht existiert.

Die Wähler_innenschichten

Die Behauptung, wir hätten „keine neuen Wählerschichten erschlossen“, können wir gerne diskutieren. Zum einen wäre da natürlich die Frage, welche zu erschließenden „Wählerschichten“ die Unterzeichner_innen des Papiers denn selbst meinen. Zum anderen stelle ich (in einem begrenzten Umfang) die These auf, dass dies im Wahlkreis Leipzig II und insbesondere in zwei Ortsteilen (zusammen 33.500 Wahlberechtigte) mit einem kleinteiligen Wahlkampf sehr wohl gelungen ist, wo DIE LINKE 5,3% bzw. 8,2% zulegen konnte – bei einem Wähler_innenklientel, dass in den sächsischen Großstädten bisher eher Grüne und SPD gewählt hat.

Zur Wahlstrategie und Illusionen

Im Papier wird behauptet, die Wahlstrategie hätte ein „Regierungsprojekt von „Rot-Rot-Grün“ in Sachsen in den Mittelpunkt“ gestellt – was schlichtweg nicht stimmt. In der Wahlstrategie heißt es: „DIE LINKE. Sachsen lädt SPD und Grünen daher ein, gemeinsam, solidarisch und auf Augenhöhe einen tatsächlichen Politikwechsel und ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis zu ermöglichen.

DIE LINKE. Sachsen wird gleichwohl einen eigenständigen und selbstbewussten Wahlkampf führen.“ und weiter: „Die SPD und die Grünen senden dabei widersprüchliche Signale. Klar ist nur eins – sie möchten regieren. [...] Die Möglichkeit, die CDU durch eine klare und mehrheitsfähige Regierungsalternative unter Druck zu setzen, wird dadurch unterminiert.“

Trotzdem schreiben die Verfasser_innen: „Die Illusion „Rot-Rot-Grün“ als eine der Kernbotschaften in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, war eine klare Fehlentscheidung.“ Dem ist entgegenzuhalten: Dass Rot-Rot-Grün als eine „Kernbotschaft“ im „Mittelpunkt des Wahlkampfes“ gestanden hätte, ist sowohl eine Illusion als auch eine Fehleinschätzung. Oder anders: Ein Pappkamerad, den man sich selber hinstellt, um ihn dann selber freudig umzuschubsen.

Darüber hinaus ist es interessant, wer jetzt nach den Wahlen welche Verbesserungsvorschläge für die Wahlstrategie hat. Auf der Landesvorstandssitzung hat exakt eine Person Änderungsanträge eingereicht. Es gab auch nur eine Gegenstimme zur beschlossenen Wahlstrategie. Entschuldigung, aber vor diesem Hintergrund ist es wirklich etwas bizarr, wenn jetzt zwei Genoss_innen, die Mitglied im Landesvorstand sind und weder gegen die Strategie gestimmt noch Änderungsvorschläge eingebracht haben, eben jene Strategie durch Unterzeichnung des hier besprochenen Papiers scharf kritisieren.

Die Verfasser_innen des Papiers gehen unter anderem auch auf das Ergebnis bei den Erwähler_innen ein. Nicht ohne Grund dient hier das Wahljahr 2004 als Vergleichsbasis und nicht etwa 2009. Denn hätten die Verfasser_innen das Ergebnis dieses Jahres mit 2009 abgeglichen (Nachwahlbefragungen infratest), hätten sie feststellen müssen, dass wir bei den Erstwähler_innen gegen den Trend von (mageren) 12 auf (magere) 14 Punkte zugelegt haben. Aber Zahlen, die nicht ins Schema passen, dienen eben nicht als Instrument.

In dem Papier wird weiterhin die „Losung 'Wir sind die Guten. Wir sind die Roten'“ kritisiert, die freilich überhaupt keine relevante „Losung“ im Wahlkampf war, sondern eine nicht einmal zwei-sekündige Tafel im Fernsehspot. Ebenfalls kritisiert wird das Plakat „Leistungswille und Solidarität“. Nichts liegt mir näher, als den Slogan dieses Plakats leidenschaftlich zu kritisieren (was ich im Wahlplenum auch getan habe). Was aber machen die Verfasser_innen? Sie verweisen darauf, dass dieses durch ein „und“ verknüpfte Wortpaar als ein „Slogan aus dem CDU-Grundsatzprogramm von 2007 „Freiheit und Sicherheit““ aufgegriffen worden sei. Dass ein Wortpaar im politischen Betrieb sich durchaus auch bei anderen Parteien (auch solchen, die wir nun wahrlich nicht leiden können) auftaucht, ist nicht sehr unwahrscheinlich. Ich erspare mir die Mühe, an dieser Stelle die beliebten Phrasen („An der Seite der Beschäftigten“, „die Interessen vertreten“, usw. usf.) in den Papieren von SPD, Grünen, FDP, CDU und AfD zu suchen – fündig würde man sicherlich.

Bei der These „Zurückgeblieben ist der Eindruck vieler Menschen in Sachsen, dass DIE LINKE nicht auf linke Alternativen, z.B. in Gestalt einer Reichtumsbremse, setzt, sondern fragwürdige Kompromisse sucht, nur um „regierungsfähig“ zu erscheinen.“ stellt sich mir die Frage, wer diese „vielen Menschen in Sachsen“ sind, die denken DIE LINKE will nur als „regierungsfähig“ erscheinen, wo man diese „vielen Menschen“ treffen kann und welches Institut die Umfrage in Auftrag gegeben hat, nach der „viele Menschen“ so denken. Denn weiter unten verweisen die Verfasser_innen selber auf die Infratest-Zahlen, wonach 90 % der Menschen sagen, DIE LINKE

löse keine Probleme, „nennt die Dinge aber beim Namen.“ (2009 betrug dieser Wert übrigens 83 % - spannend).

Wanderung zur AfD

Zunächst ist festzuhalten, dass DIE LINKE und die SPD ca. 4 % ihrer Wähler_innen von 2009 an die AfD verloren haben, die CDU 4,5 %, die FDP 10 %, die Grünen 2,6 % und die NPD 12,9 %. Die AfD als reine Protestpartei zu bezeichnen wäre falsch, ebenso, wie ihre Wähler_innen allesamt als Protestwähler_innen zu bezeichnen. Einerseits sagen zwar immerhin 54 % der Wähler_innen (nicht nur der AfD), dass diese Partei zwar keine Probleme löst, aber „die Dinge beim Namen“ nennt und auch viele ehemalige NPD und Nicht-Wähler (sie machen ca. 18 % der AfD-Wähler_innen aus) haben sie gewählt, andererseits füllt die AfD eine „Lücke“ im bundesdeutschen Parteienspektrum. In nahezu allen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien nicht nur auf dem Vormarsch, sondern mittlerweile fest verankert. Es liegt nicht in einer besonders aufgeklärten oder humanistischen Geisteshaltung „der Deutschen“, dass dies bisher nicht der Fall war, sondern an der Bindungskraft der CDU nach rechts, der Zersplitterung des äußersten rechten Parteienspektrums, wie auch der bisherigen organisatorischen Unfähigkeit jenes politischen Spektrums, eine neue Partei auf die Beine zu stellen. Es ist kein offenes Geheimnis, dass DIE LINKE insbesondere im Osten bisher auch Wähler_innen hatte, die uns (frei zitiert nach Gregor Gysi) nicht gewählt haben, „weil“ sondern ‚obwohl‘ wir Antifaschist_innen“ sind. Diese Wähler_innen haben – bezogen auf ihre politischen Ansichten – mit der AfD jetzt eine attraktivere Parteiheimat gefunden.

Aufklärung im Wahlkampf und „Rote Haltelinien“

Aus Sicht der Verfasser_innen ist es „überdies wichtig, im Wahlkampf über die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände aufzuklären.“ Ich bin mir nicht ganz sicher, aber auf gewisse Weise neige ich der These zu, dass es wenig Situationen gibt, in denen „Aufklärung“ im eigentlichen Sinne schwerer zu bewerkstelligen ist als in Wahlkämpfen. Es würde mich auch Interessieren, an welche konkreten Vorschläge die Verfasser_innen hier denken. Lesekreise „Das Kapital“? Eine feine Sache, aber nicht gerade wahlkampf-tauglich. Außerdem stellen die Verfasser_innen fest, dass von „den „roten Haltelinien“ [...] im Zusammenhang mit der Orientierung auf „Rot-Rot-Grün“ zu keinem Zeitpunkt die Rede“ war. Von den „roten Haltelinien“ war tatsächlich keine Rede. Es war von sehr vielem keine Rede. Das ist auch dadurch bedingt, dass die Zeit für Statements, der Platz auf Plakaten, Sendezeit im Fernsehen und Zeilen in Zeitungen stark begrenzt ist. Darüber hinaus halte ich es aber beispielsweise für verzichtbar, im Wahlkampf zu betonen, dass wir im Landtag keine Auslandseinsätze beschließen werden – selbst dann nicht, wenn wir regieren.

Direktwahlkreise und Unterstützung

Zunächst sei festzuhalten, dass der Realismus, den die Verfasser_innen beim Thema „Regierungswechsel nach der Wahl“ einfordern, beim Thema Direktmandate schon wieder vergessen ist. Zum einen gab es seitens des Landesverbandes lange das Angebot, sich als „strategischer Wahlkreis“ (z.B. durch die Möglichkeit, ein Direktmandat zu holen) zu bewerben. Von diesem Angebot haben 5 Wahlkreise Gebrauch gemacht. Alle fünf jedoch zugegebenermaßen sehr spät. Ich empfehle den Verfasser_innen dringend ein Blick, in diese sogenannten „Bewerbungen“ zu werfen.

Es wird weiterhin behauptet, der Landesverband hätte besondere „personelle und materielle Unterstützung“ an den Wahlkreis Leipzig II (Juliane Nagel) vergeben und dies anderen Wahlkreisen verweigert. Das ist mit Sicherheit falsch, womöglich sogar eine Lüge. Der Landesverband hat anteilig zwei Plakatmotive mitfinanziert, die beide im besagten Wahlkreis und eines in Abstimmung mit Dresden auch dort zum Einsatz gekommen sind. Die Plakate wurden zwischen Agentur, Landesverband und Wahlkampforganisation im Wahlkreis rückgekoppelt, die Initiative ging vom Wahlkreis aus. Was die „personelle Unterstützung“ betrifft, sind vermutlich der Besuch des Spitzenkandidaten (Tour des Spitzenkandidaten) wie auch die Kochtour und möglicherweise auch die Veranstaltung mit der Apfelfront gemeint. Diese drei Angebote des Landesverbandes standen allen Kreisverbänden und Wahlkreisen zur Verfügung. Wenn Wahlkreise diese Angebote nicht wahrnehmen – ihre Entscheidung. Sich danach nach dem Motto zu beklagen „die anderen hatten was, was ich nicht hatte“ ist aber lächerlich. Das ist, als säße ich in einem Restaurant und weigerte mich beharrlich einen Milchkaffee zu bestellen, nur um mich im Anschluss aufzuregen, ich hätte keinen Milchkaffee bekommen, aber andere Gäste schon.

Im Gegenteil: In Leipzig (as we know: der größte Kreisverband im Universum) haben Mitglieder des Landesverbandes noch mit geholfen, hunderte Plakate an die Laternen zu bringen, weil der Stadtverband mehrere hundert Plakate zu viel bestellt hatte. Diese personelle Unterstützung kam mehreren Wahlkreisen in Leipzig zu Gute – nicht jedoch dem angeblich übervorteilten Wahlkreis Leipzig II. Eine andere Frage wäre auch, warum beispielsweise bis heute 13.000 (!) gedruckte Folder (zur Verfügung gestellt vom Landesverband, Druckauflage bestimmt durch die Kandidierenden) des Genossen Volker Külow im Lager von Siblog liegen. Das erkläre einer mal den Parteifinancer_innen und dem Regenwald.

Die Verfasser_innen behaupten weiterhin, man könne „*nicht – wie leider teilweise geschehen – unterstellen, dass in diesen Wahlkreisen ein vornehmlicher Erststimmenwahlkampf geführt wurde. Denn auch bei der Listenstimme liegen diese Wahlkreise an der Spitze [..]*“. Zum einen wird hier ein kausaler Zusammenhang hergestellt, wo keiner ist. Wie wir wissen, ist die Ausgangsbasis in unseren sächsischen Wahlkreisen sehr verschieden. Es ist gut denkbar, dass ein Verzicht auf Wahlkampf im stärksten Wahlkreis am Ende dennoch dazu führt, dass dieser Wahlkreis besser abschneidet, als unser schwächster Wahlkreis in Sachsen. Daraus dann rückwirkend die These abzuleiten, es hätte einen besonders guten Wahlkampf in diesem Wahlkreis gegeben, funktioniert nicht. Im übrigen gab es sehr wohl Leipziger Wahlkreise, in denen fast ausschließlich Personenplakate zu sehen waren. Das ist insofern auch zulässig, als dass die Genoss_innen vor Ort natürlich auch entscheiden können, was sie machen wollen. Danach jedoch zu behaupten, es hätte keinen fokussierten Erststimmenwahlkampf gegeben, ist Quatsch.

Im übrigen zeigt die Landtagswahl wie auch die Kommunalwahl im Leipziger Süden, dass die Denke „Gesichter auf Plakaten = wichtig für den Wahlkreissieg“ jedenfalls pauschal nicht haltbar ist. Bei der Kommunalwahl in Leipzig holte diejenige Spitzenkandidatin das beste Stimmenergebnis der gesamten Stadt, deren Name als auch Gesicht auf keinem einzigen Plakat zu sehen war. Im Landtagswahlkampf gab es im Wahlkreis Leipzig II (Juliane Nagel) nur 200 Personenplakate der Kandidatin sowie 2 Litfaßsäulen-Motive.

Hätten wir übrigens keinen „Erststimmenüberhang“ von 2,1 % in Sachsen und bei den Zweitstimmen auch 2,1 % (so viele Direktstimmen haben wir anteilig geholt), würden jetzt 31 LINKE im Landtag sitzen und die Verfasser_innen müssten sich auch nicht über die mangelnde sorbische Repräsentanz in unserer Fraktion beklagen.

Zur Bedeutung von Direktmandaten schreiben die Verfasser_innen: „*Dazu [Ende CDU-Herrschaft, T.L.] ist der Gewinn von einer erheblichen Anzahl von Direktmandaten sowohl wahlarithmetisch als auch gesellschaftspolitisch unabdingbar. Die Chancen dafür bestehen, wurden aber durch die Wahlstrategie ignoriert.*“ Die Chancen für eine „*erhebliche Anzahl von Direktmandaten*“ (was meinen die Verfasser_innen, was „*erheblich*“ ist?) bestand bei dieser Wahl nicht und wird von den Verfasser_innen auch nicht näher ausgeführt – und wurde es auch vor der Wahl nicht. Richtig ist, dass es nicht unwahrscheinlich ist, dass ein Wechsel hin zu Rot-Rot-Grün vermutlich an mehr Direktmandate geknüpft ist als an das eine, welches wir bei dieser Wahl gewonnen haben. Die Frage ist nur, in welcher Richtung die Verknüpfung besteht. Und sie besteht eben nicht primär dahingehend, dass Rot-Rot-Grün erst möglich wird, wenn wir eine bestimmte Anzahl von Direktmandaten holen, sondern dass bei der arithmetischen Möglichkeit von Rot-Rot-Grün DIE LINKE vermutlich so stark sein wird, dass mehr Direktmandate abfallen, als es bei dieser Wahl der Fall war.

An dieser Stelle möchte ich noch sagen, dass für eine Chancen- oder Wahrscheinlichkeitseinschätzung nicht die Ergebnisse entscheidend sind, sondern die sorgsam abgewogenen Chancen vor der Wahl. Schließlich erhöht sich die Chance auf einen Lottogewinn auch nicht dann nachträglich, wenn ich selbst den Jackpot geknackt habe.

Resumée

Aus meiner Sicht dient das Papier, um das es hier geht, leider nicht wirklich einer „kritischen Analyse“, sondern ist ein Debattenbeitrag, der einige Falsches und viel Unkonkretes enthält und dessen Bezugnahme auf die Wahlen und ihr Ergebnis viel weniger von einem analytischen Erkenntnisinteresse als von einem rein instrumentellen Gebrauch geprägt ist. Das finde ich ein bisschen schade, reden können wir natürlich trotzdem gern darüber.